

EP-Haushaltsvoranschlag

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2007 (2006/2022(BUD))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 272 Absatz 2 des EG-Vertrags,
 - gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften¹,
 - gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens²,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. März 2006 zu den Leitlinien für die Einzelpläne II, IV, V, VI, VII, VIII(A) und VIII(B) und zu dem Vorentwurf des Haushaltsvoranschlags des Europäischen Parlaments (Einzelplan I) für das Haushaltsverfahren 2007³,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Generalsekretärs an das Präsidium über den Vorentwurf des Haushaltsvoranschlags des Parlaments für das Haushaltsjahr 2007,
 - unter Hinweis auf den gemäß Artikel 22 Absatz 6 und Artikel 73 der Geschäftsordnung des Parlaments vom Präsidium am 22. März 2006 aufgestellten Vorentwurf des Haushaltsvoranschlags,
 - gestützt auf Artikel 73 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Haushaltsausschusses (A6-0188/2006),
- A. in der Erwägung, dass 2007 das erste Jahr des neuen Finanzrahmens (2007-2013) ist,
- B. in der Erwägung, dass das Präsidium des Parlaments vorgeschlagen hat, dass 2007 ein Jahr der Ausgabenkonsolidierung ohne größere neue Projekte sein soll,
- C. in der Erwägung, dass die Erweiterung der Union eine wichtige politische Priorität bleibt, sowie in der Erwägung, dass die Informationspolitik, die Unterstützung der Mitglieder und die Politik des Erwerbs der an den drei Arbeitsorten ständig genutzten Gebäude die anderen Prioritäten des Haushaltsplans 2007 bilden,
- D. in der Erwägung, dass bis zum 1. September 2006 die Ergebnisse einer eingehenden Bestandsaufnahme vorgelegt werden müssen,

¹ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

² ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1. Zuletzt geändert durch den Beschluss 2005/708/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 14.10.2005, S. 24).

³ Angenommene Texte, P6_TA(2006)0090.

- E. in der Erwägung, dass der Voranschlag für 2007 auf folgenden Schlüsselparametern beruht: 41 Arbeitswochen, einschließlich 4 Wahlkreiswochen, 12 regelmäßige Tagungen und 6 zusätzliche (Mini-)Tagungen, 785 Mitglieder des Europäischen Parlaments, Gehaltsanpassung von 2,1 %, pauschale Kürzung von 7 % für die nicht erweiterungsbedingten Stellen und pauschale Kürzung von 10 % für die erweiterungsbedingten Stellen,
- F. in der Erwägung, dass bei einigen der im Haushaltsvoranschlag herangezogenen Parameter wie dem möglichen Erwerb einiger Gebäude des Parlaments in Straßburg bzw. der möglichen Nutzung des Irischen als 21. Arbeitssprache immer noch Ungewissheit besteht,
- G. in der Erwägung, dass über eine Reihe von Fragen mit Auswirkungen auf den Haushalt im Präsidium noch nicht entschieden wurde und dass diese Auswirkungen erst in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007 im Herbst geprüft werden können,
- H. in der Erwägung, dass die Mehrsprachigkeit und die geographische Aufteilung der Aktivitäten des Parlaments etwa 48 % der Ausgaben im Haushaltsvoranschlag ausmachen und sich auf 673 000 000 EUR belaufen,

RAHMENBEDINGUNGEN DES HAUSHALTSPLANS 2007

1. stellt fest, dass der Haushaltsvoranschlag 2007 mit einem Betrag von 1 377 700 000 EUR vorgeschlagen wurde, wobei dieser Betrag gegenüber dem Haushalt für 2006 um 4,2 % erhöht wurde, wovon 2 % auf die übliche Wachstumsrate entfallen und 2,2 % eine Anpassung an die derzeitigen Preise darstellen; empfiehlt, über das endgültige Volumen des Haushaltsplans, das den begründeten Haushaltsbedarf des Organs widerspiegeln sollte, in der ersten Lesung zu entscheiden;
2. betont, dass der Haushaltsplan den tatsächlichen Haushaltsbedarf widerspiegeln sollte und dass das Organ künftig einen stärker operativ ausgerichteten Ansatz in Bezug auf den Haushaltsplan verfolgen sollte; betont, dass das Organ eine Kosten-Nutzen-Analyse durchführen muss, um die Auswirkungen der selbst gesetzten Obergrenze in Rubrik 5 zu bewerten; hat entschieden, dass im Fall der Beibehaltung des 20%-Höchstsatzes, diese 20 % die oberste Grenze des Haushaltsplans darstellen soll, behält sich seine Stellungnahme zur 20%-Grenze daher bis zur ersten Lesung vor;
3. legt dem Generalsekretär nahe, neben der Einhaltung des Grundsatzes der Jährlichkeit des Haushaltsplans als einer Maßnahme der wirtschaftlichen Haushaltsführung stärker mittelfristigen Entwicklungen Rechnung zu tragen, die einen wirklich auf operative Zwecke ausgerichteten mehrjährigen Haushaltsbedarf widerspiegeln;
4. stellt fest, dass im Vorentwurf des Haushaltsvoranschlags 48 000 000 EUR für erweiterungsbedingte Ausgaben, 50 000 000 EUR für den Erwerb des WIC- und des SDM-Gebäudes in Straßburg, 25 000 000 EUR als Reserve für die Informations- und Kommunikationspolitik, 7 500 000 EUR für die Beschaffung von Fachwissen sowie 8 974 459 EUR als Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben vorgesehen sind; unterstreicht, dass eine Analyse des Voranschlags gezeigt hat, dass sich die Hauptkostenfaktoren gegenüber früheren Jahren nicht verändert haben und insbesondere Personalausgaben sowie Ausgaben für Immobilien, Information, die Mitglieder und die Erweiterung betreffen;

5. fordert, dass bei der Bestandsaufnahme folgenden Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung Rechnung getragen wird:
 - a) Ermittlung von Tätigkeiten, mit denen nur ein geringer Mehrwert erzielt wird,
 - b) Steigerung der Effizienz durch Rationalisierung der Arbeitsmethoden,
 - c) stärkere Inanspruchnahme der maßnahmenbezogenen Budgetierung,
 - d) Kostenminimierung in Bereichen, in denen infolge der drei verschiedenen Arbeitsorte unnötige Ausgaben entstehen,
 - e) Personalumschichtungen,
 - f) Auswirkungen der Mobilitätspolitik auf die Effizienz der Ausschüsse und Delegationen und
 - g) effizienter Einsatz aller Ressourcen, insbesondere der personellen Ressourcen;
6. bekräftigt, dass sich die Mittel auf spezielle Tätigkeiten beziehen sollten, um Mittelstreichungen zum Jahresende zu vermeiden; betont, dass in Bereichen, in denen politische Beschlüsse ein stärkeres finanzielles Engagement bedingen, beispielsweise im Falle der Parlamentarischen Konferenz zur WTO, ausreichende Mittel zugewiesen werden sollten, um Berichtigungshaushaltspläne und Mittelübertragungen weitestmöglich zu vermeiden;

KONSOLIDIERUNGSPROZESS

Erweiterung

7. stellt fest, dass weitere Anstrengungen zur Vollendung der Erweiterung aus dem Jahre 2004 und zur Sicherstellung eines reibungslosen Erweiterungsprozesses unternommen werden sollten; fordert den Generalsekretär auf, alle noch ausstehenden Probleme im Zusammenhang mit der Erweiterung um die EU-10 zu lösen, insbesondere die Probleme im Zusammenhang mit Verzögerungen bei der Einstellung;
8. hat beschlossen, insgesamt 48 000 000 EUR in die einschlägigen Haushaltsposten für erweiterungsbedingte Ausgaben einzusetzen, die sich wie folgt verteilen:
 - 1) 14 800 000 EUR für die 226 Dauerplanstellen und die 22 Stellen auf Zeit für die Fraktionen;
 - 2) 20 500 000 EUR für die bulgarischen und rumänischen Mitglieder;
 - 3) 4 700 000 EUR für Freelance-Dolmetscher und -Übersetzer;
 - 4) 2 200 000 EUR für Mobiliar und IT-Geräte;
 - 5) 1 000 000 EUR für die Beförderungs- und Bankgebühren der Mitglieder;
 - 6) 800 000 EUR für die Bibliothek, die Außenbüros und die audiovisuellen Anlagen;
 - 7) 4 000 000 EUR für die Fraktionen und die europäischen Parteien;
9. weist darauf hin, dass der Betrag von 48 000 000 EUR eine Steigerung von ungefähr 50 % gegenüber dem Haushaltsplan 2006 für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens bedeutet, wenn man davon ausgeht, dass der Beitritt zum 1. Januar 2007 erfolgt; vertritt ferner die Ansicht, dass die finanziellen Auswirkungen eines etwaigen Aufschiebens des Beitritts von Bulgarien und Rumänien im Haushaltsplan des Parlaments Niederschlag finden sollten und dass dementsprechend 24 000 000 EUR vom endgültigen Mittelansatz abgezogen werden müssten; fordert den Generalsekretär auf, in seinem Berichtungsschreiben an das Präsidium Anfang September 2006 auf die Auswirkungen des Beschlusses über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens auf den Haushalt einzugehen;

Einstellungen und Stellenplan

Generalsekretariat des Parlaments

10. bekräftigt, dass – mit Ausnahme der erweiterungsbedingten Stellen und einer begrenzten Anzahl spezialisierter Stellen – 2007 keine weiteren neuen Stellen geschaffen werden sollen;
11. stellt fest, dass die neue „Streamline“- Software für die Personalverwaltung in der GD Personal, die demnächst in Betrieb genommen werden soll, zu einer spürbaren Verringerung des Personalbestands und zu einer Umschichtung von Personal führen sollte;
12. erkennt die Bemühungen des Generalsekretärs an, eine schlankere Organisationsstruktur zu schaffen und den Personalbestand wirksam zu rationalisieren und dabei sicherzustellen, dass die Personalkosten dem tatsächlichen operativen Bedarf und der Finanzlage des Organs entsprechen;
13. betont, dass vor der Beantragung einer Aufstockung des Personalbestands unbedingt eine Konsolidierung des Stellenplans des Parlaments zusammen mit wirksamen Maßnahmen der Personalumschichtung erfolgen muss;
14. weist darauf hin, dass in den letzten Jahren die Einstellungen sowohl bei den erweiterungsbedingten als auch bei den nicht erweiterungsbedingten Stellen erheblich zugenommen haben; hält an seinem Standpunkt fest, dass der derzeitige Personalbestand ausreicht, um alle Erfordernisse des Organs zu decken; begrüßt den vom Generalsekretär vertretenen Standpunkt, dass aus dem Dienst ausgeschiedenes Personal nicht automatisch ersetzt werden sollte und dass infolge der Pensionierung von Mitarbeitern frei werdende Planstellen durch Personalumschichtungsmaßnahmen besetzt werden;
15. äußert sich besorgt über die geringe Zahl der für 2007 vorgesehenen Stellenum-schichtungen; legt dem Generalsekretär nahe, bei der Bestandsaufnahme ein eingehenderes Screening für alle Tätigkeitsbereiche durchzuführen, um eine effiziente Personalum-schichtung sicherzustellen, anstatt Vertragsbedienstete einzustellen; fordert den General-sekretär auf, bis 1. September 2006 einen Bericht über die Nutzung des Instruments der Personalumschichtung in den vergangenen drei Jahren und über den Voranschlag 2007 vorzulegen;
16. vertritt die Ansicht, dass die beantragten 74 neuen Planstellen (1 AD 15, 30 AD, 43 AST) nicht mit einer Politik der Ausgabenkonsolidierung in Einklang stehen, und stellt die Mittel für diese Planstellen in die Reserve ein; ist bereit, die Anträge auf der Grundlage genauerer Informationen in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007 erneut zu prüfen;
17. nimmt die Vorschläge betreffend eine Reihe von Höherstufungen von Dauerplanstellen¹ und von Stellen auf Zeit² wie in Anlage I (rev) des Berichts des Präsidiums erwähnt zur

¹ 2 AST 2 auf AST 3, 168 AST 3 auf AST 4, 15 AST 4 auf AST 5, 205 AST 5 auf AST 6, 225 AST 6 auf AST 7, 30 AST 7 auf AST 8, 25 AST 8 auf AST 9, 10 AST 10 auf AST 11, 57 AD 5 auf AD 6, 19 AD 7 auf AD 8, 25 AD 12 auf AD 13, 2 AD 13 auf AD 14.

² 1 AD 10 auf AD 11, 1 AD 8 auf AD 9, 2 AST 7 auf AST 8, 1 AST 5 auf AST 6, 1 AD 8 auf AD 10, 1 AD 6 auf AD 10.

Kenntnis; ist bereit, die Mittelansätze für diese Höherstufungen zu genehmigen, sofern vor der ersten Lesung eine detailliertere Begründung geliefert wird;

18. stellt fest, dass die neue Fortbildungspolitik eingeführt wurde; beantragt, dass dieses neue Fortbildungsprogramm auch Fortbildungsmaßnahmen für die Assistenten der Mitglieder umfasst; beschließt, die derzeitigen Erläuterungen zu Haushaltsposten 1612 („Berufliche Fortbildung“) entsprechend anzupassen; ersucht den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Verwaltungsschule spezielle Fortbildungskurse zur Förderung der beruflichen Mobilität und der Personalumschichtung zu entwickeln, einschließlich eines ausführlichen Einführungsprogramms für Mitarbeiter, die neue Aufgaben in Ausschuss- oder Delegationssekretariaten wahrnehmen, um sicherzustellen, dass sie in jeder Hinsicht einsatzbereit sind und zügig arbeiten können, bevor sie die Verantwortung für Berichte oder Dienstreisen übernehmen;
19. fordert den Generalsekretär auf, dafür zu sorgen, dass die Grundsätze des Parlaments für die Chancengleichheit befolgt werden, und unterstützt alle Bemühungen des Generalsekretärs zu Gunsten von Personen mit Behinderungen, insbesondere die Ausarbeitung einer Reihe positiver Maßnahmen zur Einstellung und Integration von Personen mit einer Behinderung;
20. hat beschlossen, bis zur Vorlage weiterer Informationen zur Erläuterung des Anstiegs der Mittel von Artikel 300 („Dienstreisekosten des Personals“) 1 132 065 EUR aus Artikel 300 in Kapitel 100 („Vorläufig eingesetzte Mittel“) einzusetzen;

Fraktionen

21. nimmt den Antrag der Fraktionen auf Schaffung einer zusätzlichen LSA-Stelle für jede Fraktion zur Kenntnis; ist bereit, die Mittelansätze für diese LSA-Stellen zu billigen, sofern vor der ersten Lesung eine detailliertere Begründung geliefert wird;
22. weist darauf hin, dass die Fraktionen mehr Höherstufungen vorgeschlagen haben als in der Vergangenheit; ist bereit, die Mittelansätze für diese Höherstufungen zu billigen, sofern vor der ersten Lesung eine detailliertere Begründung geliefert wird;

Unterstützung und Einrichtungen für die Mitglieder

23. erkennt an, dass durch die „Raising the Game“-Aktion eine Reihe von Diensten für die Mitglieder verfügbar wurden, die wichtig und zweckdienlich sind; erwartet jedoch, dass solche Dienste konsolidiert und verbessert werden, damit die Mitglieder und deren Assistenten praktische und effiziente Instrumente erhalten, um ihre Verantwortlichkeiten auf wirksame Art und Weise wahrzunehmen; ersucht den Generalsekretär, eine Bewertung des derzeitigen Standes der Bestandsaufnahme vorzunehmen und dabei den Ergebnissen der Qualitätsstudie Rechnung zu tragen, die in den nächsten Monaten durchgeführt wird;
24. vertritt die Ansicht, dass die Ausschussektariate besseren Gebrauch von internen Fachkräften machen könnten, insbesondere wenn größere parlamentarische Berichte vorzubereiten sind; vertritt die Ansicht, dass durch diese Unterstützung die Arbeit der Berichterstatter erleichtert, eine bessere Nutzung der Ressourcen des Parlaments erreicht und das Know-how des Organs verbessert würde, womit sichergestellt würde, dass eines der Hauptziele der „Raising the Game“-Aktion erreicht wird;

25. betont, dass den Mitgliedern zur Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten bei der Beschlussfassung im Gesetzgebungsverfahren das notwendige Fachwissen zur Verfügung stehen muss;
26. stellt fest, dass die Mittel von Artikel 320 („Beschaffung von Fachwissen“) von 5 644 200 EUR auf 7 500 000 EUR erheblich aufgestockt wurden; vertritt die Ansicht, dass dieser Dienst nicht die erwarteten Ergebnisse ergibt, da die Studien oft zu spät vorliegen; beauftragt den Generalsekretär, eine Bewertung der Verwendung der in den Fachreferaten seit dem 1. Januar 2004 angefertigten Studien vorzulegen; stellt einen Betrag von 2 000 000 EUR in die Reserve ein, bis die Ergebnisse dieser Bewertung vorliegen;
27. weist nachdrücklich auf die elementare Notwendigkeit hin, alle Mitglieder mit einschlägigen Grundinformationen zu versehen, die mit wissenschaftlicher Rigorosität vorbereitet werden und die sich auf alle Themenbereiche und Fragen beziehen, mit denen die Mitglieder bei der Wahrnehmung ihres Amtes konfrontiert werden, insbesondere die Vertretung der Interessen des Parlaments gegenüber den anderen Organen der Europäischen Union; erinnert diesbezüglich daran, dass derartige Informationen von einem Forschungsdienst rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden müssen; betont, dass diese Dienststelle die entsprechenden Informationen in geraffter, aber umfassender Form bereitstellen sollte, damit die Mitglieder in der Lage sind, im Rahmen komplexer Themen klare Positionen zu beziehen; weist diesbezüglich darauf hin, dass entsprechende Informationen in Bereichen wie Sicherheit und Verteidigung, bei denen dem Parlament wenig Fachwissen zur Verfügung steht, dringend erforderlich sind;
28. bedauert, dass sich eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern nicht der gesamten Bandbreite der Dienste bewusst ist, die von der Verwaltung des Parlaments erbracht werden; ersucht den Generalsekretär, unverzüglich durch benutzerfreundliche Informationssysteme diesbezügliche Abhilfemaßnahmen zu ergreifen;
29. ersucht den Generalsekretär, verschiedene Punkte zur Kenntnis zu nehmen, die von einigen Mitgliedern hinsichtlich der Erbringung grundlegender alltäglicher Dienstleistungen im Zusammenhang mit Telefonen, Computern, dem Juristischen Dienst, den Fahrdiensten, dem Reisebüro, den Restaurationsbetrieben und anderen angesprochen wurden, und dafür zu sorgen, dass sich bei diesen Dienstleistungen eine generelle Verbesserung einstellt;
30. ist besorgt über die steigenden Kosten der Fahrbereitschaft, insbesondere angesichts der gleichzeitigen Erstattung der Taxikosten an die Mitglieder; ist daher nicht bereit, der Erhöhung um 215 900 EUR zuzustimmen;
31. nimmt zur Kenntnis, dass die Parlamentsbibliothek Ende 2006 mit den modernsten Geräten ausgestattet sein wird, und erwartet, dass die Bibliothek 2007 voll in Betrieb gehen kann;
32. unterstützt die Annahme eines Statuts für die Assistenten der Mitglieder; legt dem Rat nahe, baldmöglichst einen Beschluss über den Kommissionsvorschlag „Statut der Beamten: Statut für Assistenten der Mitglieder des Parlaments“ (KOM(1998)0312) zu fassen, damit das Parlament die notwendigen Vorkehrungen treffen kann, damit der Vorschlag spätestens 2009 in Kraft tritt;

Informationspolitik

33. bekräftigt seinen Standpunkt, dass das Parlament eine schlagkräftige und wirksame Informationsstrategie verfolgen muss, die Barrieren zwischen dem Parlament und seinen Wählern durchbricht;
34. stellt fest, dass 20 000 000 EUR in die Reserve für 2006 eingestellt wurden, die 2006 als Anschubfinanzierung für drei größere Informationsprojekte verwendet werden sollen, nämlich das Web-TV des Parlaments, das Besucherzentrum und die audiovisuellen Einrichtungen; vertritt die Ansicht, dass mehr Informationen darüber erforderlich sind, welche Beträge bisher tatsächlich in Anspruch genommen wurden und welche Ausgaben im Zusammenhang mit diesen Projekten für den Rest des Jahres 2006 noch geplant sind; erwartet, dass vor der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007 alle erforderlichen Berichte, einschließlich des Berichts über Informationen betreffend die Organisation, die Kostenstruktur und die politische Aufsicht über das Pilotprojekt Web-TV verfügbar sind; fordert darüber hinaus zusätzliche Informationen über diese Projekte, einschließlich der in dem Bericht des Generalsekretärs an das Präsidium aufgelisteten Informationen; bestätigt, dass die Mittel in Höhe von 25 000 000 EUR in Kapitel 104 („Reserve für die Informations- und Kommunikationspolitik“) verbleiben; ist trotz des Bedauerns darüber, dass die Informationen so spät bereitgestellt werden, bereit, diese Ausgaben auf der Basis der angeforderten Zusatzinformationen in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007 erneut zu prüfen;
35. nimmt den Stellenplan der Informationsbüros des Parlaments in allen europäischen Hauptstädten zur Kenntnis; vertritt die Ansicht, dass die Leistung dieser Büros hinsichtlich der Bereitstellung der bestmöglichen Informationen für die Bürgerinnen und Bürger und hinsichtlich der optimalen Mittelverwendung beurteilt werden sollte;
36. unterstreicht, dass das Besucherprogramm, für das 21 318 000 EUR bereitgestellt wurden, für die Beziehungen zwischen den Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern aus ihren Wahlkreisen von außerordentlich großer Bedeutung ist;
37. betont seine Enttäuschung über die unnötigen und nicht zu rechtfertigenden Verzögerungen bei der allgemeinen Verbesserung des Besucherprogramms (Posten 3244 „Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroskola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern“); erwartet, dass Sofortmaßnahmen zur Lösung aller noch ausstehenden Probleme ergriffen werden, insbesondere derer, die dazu geführt haben, dass im Haushaltsplan 2006 5 000 000 EUR aus diesem Posten nicht in Anspruch genommen wurden; fordert deshalb das Präsidium auf, den Vorschlag der Quästoren zur Überarbeitung der Bestimmungen über Besuchergruppen im Hinblick auf eine Anpassung der entsprechenden Finanzierung an die tatsächlichen Kosten und im Hinblick auf eine Steigerung der Anzahl der Besucher anzunehmen; fordert das Präsidium auf, dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Mittel auch für den Haushaltsvoranschlag 2007 in der ersten Lesung eingestellt werden;
38. begrüßt die benutzerfreundlichere Aufmachung der Website des Parlaments; vertritt jedoch die Ansicht, dass der Zugang zu der Website sowie die Navigation auf der Website verbessert werden können, insbesondere für Benutzer ohne Fachwissen; fordert, dass die Tätigkeiten der parlamentarischen Ausschüsse und Delegationen leichter zugänglich

werden; fordert die Vorlage eines Beurteilungsberichts über das Funktionieren und die Akzeptanz der neuen Website bis zum 1. September 2006;

Immobilien

39. unterstreicht, dass sich die Politik des Immobilienerwerbs und die Praxis der schnelleren Zahlungsabwicklung für die Gebäude für das Organ ausgezahlt haben;
40. stellt fest, dass eine Reihe wesentlicher Punkte in Zusammenhang mit dem Erwerb des WIC-Gebäudes und des SDM-Gebäudes in Straßburg nicht adäquat geklärt oder begründet wurde; erwartet, dass im Falle einer Wiederaufnahme der Verhandlungen das am Ende vereinbarte Paket dem Organ einen angemessenen Gegenwert bringt; beschließt, bis zum Ausgang dieser Verhandlungen 50 000 000 EUR nicht in Posten 2003 einzusetzen und diesen Betrag stattdessen auf eine unter Titel 10 zu schaffende Reserve für Gebäude (Kapitel 105 - „Vorläufig eingesetzte Mittel für Gebäude“) zu übertragen; beschließt folglich, Haushaltsposten 2009 („Vorläufig eingesetzte Mittel für die Immobilieninvestitionen des Organs“) zu streichen; die in die Reserve eingesetzten Mittel werden freigegeben, sobald eine Reihe von noch zu formulierenden Bedingungen erfüllt sind; fordert, dass die Kriterien für die Freigabe der Reserve mit dem zuständigen Ausschuss vereinbart werden; erwartet, dass das Präsidium bis 1. September 2006 neue konkrete Vorschläge in dieser Angelegenheit unterbreitet;
41. fordert den Generalsekretär auf, mit der Kommission Gespräche über die Änderung der Finanzvereinbarungen betreffend die „Europahäuser“ zu führen, um effizientere und ausgewogenere Finanzvereinbarungen festzulegen;
42. bedauert, dass der im Haushaltsplan 2006 neu geschaffenen Haushaltslinie für die Informationsbüros (Artikel 325) noch keine Mittel zugewiesen wurden; erwartet, dass dies von der Verwaltung bis zur ersten Lesung des Entwurfs des Haushaltsplans 2007 angegangen wird; fordert die Verwaltung auf, beim Kauf von Gebäuden transparente Verfahren anzuwenden;

IT- und Telekommunikationsinstrumente

43. stellt fest, dass für Ausgaben im Zusammenhang mit der Informationstechnologie insgesamt 79 800 000 EUR veranschlagt werden, die sich wie folgt verteilen:
 - 49 800 000 EUR für den weiteren Betrieb der im Parlament bereits bestehenden IT- und Kommunikationssysteme;
 - 22 400 000 EUR für den Ausbau der Infrastrukturen und die Entwicklung neuer IT-Systeme;
 - 7 600 000 EUR für Telekommunikation;
44. unterstützt den zunehmenden Einsatz von Videokonferenzen und stimmt der Veranschlagung von 1 300 000 EUR für diesen Dienst im Jahr 2007 zu; fordert den Generalsekretär auf, Informationen über den Mehrwert der geplanten Ausgaben für den Einbau von Anlagen für Videokonferenzen in den 31 Informationsbüros des Parlaments vorzulegen, zusammen mit Informationen über die erwarteten Hauptnutzer und den durch den Einsatz dieses Dienstes zu erzielenden Nutzen;

45. stellt fest, dass es zwei Computerzentren gibt (Brüssel und Luxemburg); unterstreicht, dass diese Zentren sich nicht nur gegenseitig ergänzen sollten, sondern auch so organisiert sein müssen, dass sie bei Notfällen gewappnet sind, das Funktionieren der im Parlament verwendeten wichtigsten Softwareprogramme zu gewährleisten;

Sicherheit und Bewachung der Gebäude

46. stellt fest, dass für Posten 2026 („Sicherheit und Bewachung der Gebäude“) 35 321 916 EUR veranschlagt wurden, was einen Anstieg von 9,9 % gegenüber dem im Haushaltsplan 2006 vorgesehenen Betrag bedeutet, was hauptsächlich auf die gestiegene Zahl der Gebäude zurückzuführen ist; vertritt die Ansicht, dass die Ansiedlung des Parlaments in Brüssel für diese Stadt in vielerlei Hinsicht von Vorteil ist; fordert den Generalsekretär daher auf, Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass der belgische Staat und die Behörden der Stadtregion Brüssel sich stärker für die Gewährleistung der Sicherheit der Mitglieder, des Personals und anderer im Parlament arbeitender Personen sowie für die Überwachung des Parlamentsbereichs zu engagieren;

Mehrsprachigkeit

47. vertritt die Ansicht, dass die Mehrsprachigkeit für das Organ und seine Mitglieder unerlässlich ist; erkennt jedoch an, dass die Aufrechterhaltung eines umfangreichen Übersetzungs- und Dolmetschdienstes mit hohen Kosten verbunden ist; sieht ein, dass die dabei anfallenden Ausgaben schwer zu kontrollieren sind; legt dem Generalsekretär nahe, dafür zu sorgen, dass der Verhaltenskodex über die Mehrsprachigkeit von allen Beteiligten eingehalten wird, insbesondere bei der Planung von Sitzungen; legt der Konferenz der Präsidenten nahe, die Auswirkungen auf den Haushalt zu berücksichtigen, bevor das jährliche Arbeitsprogramm der Ausschüsse und Delegationen des Parlaments beschlossen wird;
48. fordert das Präsidium auf, bei Entscheidungen über die Einführung zusätzlicher Arbeitssprachen, die keine Amtssprachen sind, Zurückhaltung zu üben, insbesondere, wenn dem Parlament dadurch zusätzliche Kosten entstehen;
49. stellt fest, dass die Mittel in Posten 1402 („Konferenzdolmetscher“) und in Artikel 142 („Externe Leistungen“) beträchtlich aufgestockt wurden; erkennt an, dass ein Teil der Mittelaufstockungen auf den Einsatz von Freelance - Dolmetschern, das logistische Problem der Unterbringung aller Sitzungen in einem relativ kurzen Zeitraum von drei Tagen pro Woche sowie auf die Veranschlagung von 4 700 000 EUR für Freelance - Dolmetscher und -Übersetzer infolge des Beitritts Bulgariens und Rumäniens zurückzuführen ist; vertritt jedoch die Ansicht, dass die Mittelaufstockung damit nicht vollständig zu erklären ist, und fordert den Generalsekretär auf, eine genauere Erklärung für diese Ausgaben vorzulegen; hat beschlossen, bis zur Vorlage genauerer Informationen über die Gründe für die beträchtliche Aufstockung der Mittel für Posten 1402 („Konferenzdolmetscher“) 2 000 000 EUR in Kapitel 100 („Vorläufig eingesetzte Mittel“) einzusetzen;

Sonstiges

50. unterstreicht, dass die Qualität, Verfügbarkeit und Effizienz der von externen Dienstleistern erbrachten Dienste verbessert werden muss; fordert eine Überprüfung der Bestimmungen

und Bedingungen der laufenden Verträge sowie Hinweise auf etwaige notwendige Änderungen bei der für den 1. September 2006 vorgesehenen Bestandsaufnahme;

51. fordert den Generalsekretär auf, einen aktualisierten Beurteilungsbericht über den Betrieb der Restaurants und Kantinen an den drei Arbeitsorten des Parlaments vorzulegen;
52. fordert den Generalsekretär auf, den Präsidiumsbeschluss über das Rauchen in den Gebäuden des Parlaments aus Gesundheits- und Umweltgründen strikt anzuwenden;
53. vertritt die Ansicht, dass es im Rahmen seiner beständigen Politik zur Förderung der Gesundheit durch Sport angezeigt erscheint, das Leistungsangebot des Sportzentrums des Parlaments qualitativ wie quantitativ zu verbessern, da dieses Zentrum seit seiner Einrichtung zu Beginn der 90er Jahre trotz einer Verdopplung der Anzahl der möglichen Nutzer keine Veränderung erfahren hat;

o

o o

54. stimmt im derzeitigen Stadium einem Gesamtbetrag von 1 377 700 000 EUR für den Haushaltsvoranschlag des Parlaments für 2007 zu; behält sich seinen endgültigen Standpunkt jedoch bis zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007 im Herbst vor;
55. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und dem Königreich Belgien zu übermitteln.